

Aus der Arbeit des Gemeinderats
Sitzung vom 18.12.2023

1. Einbringung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024

Bürgermeister Faißt stellte seiner Haushaltsrede folgende Zitate voran:

„Es ist das Schicksal jeder Generation, in einer Welt unter Bedingungen leben zu müssen, die sie nicht geschaffen hat.“ (John F. Kennedy)

„You can't stop the waves, but you can learn to surf“ (Jon Kabat-Zinn)

Auf den ersten Blick hätten diese beiden Zitate nichts mit einem städtischen Haushalt zu tun, aber bei genauerem Hinsehen werde deutlich, dass die Rahmenbedingungen einer Stadtentwicklung – und der Haushaltsplan ist ein finanzieller Spiegel dessen – nicht immer selbst beeinflussbar sind. Und letztlich komme es entscheidend darauf an, nicht in den Wellen auf wogender See unterzugehen, sondern sie zu beherrschen bzw. das auf ihnen Surfen zu lernen – mit dem Schiff, das sich Gemeinde nennt.

Das Zitat von John F. Kennedy stelle zudem noch eine Verbindung her zum sich beschleunigenden Klimawandel und auch zur zurückliegenden Corona-Pandemie.

Bei der kommunalpolitischen Arbeit und bei der Arbeit in den Fachbereichen der Stadtverwaltung habe man es mit hohen wogenden Wellen zu tun, und die sich hierdurch ergebenden Herausforderungen seien teilweise enorm:

- Corona sei noch immer ein Thema, wenngleich die Pandemiezeit vorbei scheint
- Klimaerwärmung/Klimaschutzprojekte – wegbrechende Förderprogramme des Bundes
- Der wachsende Fachkräftemangel
- Immer wieder neue staatliche Aufgaben mit hohem bürokratischem Aufwand
- Der schreckliche Krieg in Israel und im Gazastreifen
- Der brutale und völkerrechtswidrige Angriffskrieg des russischen Regimes gegen die Ukraine mit noch immer erheblichen Auswirkungen auch bei uns in Deutschland wie auch weltweit (Inflation, teilweise noch immer getrieben von Energiethemen, Ernährungsnotstand in einigen Entwicklungsländern, Flüchtlings- und Asylbewerberkrise – MigrantInnenpolitik in Europa und Deutschland)

Angesichts dessen mussten die politisch Verantwortlichen Deutschlands auf allen Ebenen – in Bund, in den Ländern, in den Regionen, den Landkreisen und in den Städten und Gemeinden - multiple Krisenmanager werden. Das gelte auch für uns hier im Landkreis Böblingen und in der Stadt Renningen.

Auch die Stadt Renningen frage sich die letzten Jahre fast täglich, wie das städtische Schiff durch die stürmischen Wellen gesteuert werden kann, um auf einem guten Kurs zu bleiben. Auf Kurs nicht nur im finanziellen Sinne, sondern auch mit Blick auf die Aufgabenerfüllung und die Personalressourcen. Auch wenn die Politik in Berlin und Stuttgart sich das Thema Bürokratieabbau auf die Fahnen geschrieben habe, komme davon noch viel zu wenig an der Basis unseres Landes, in den Städten und Gemeinden, an.

„Die Gemeinden – so zitierte Bürgermeister Faißt Hermann Schmitt-Vockenhausen- sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“ Dieses Zitat mache deutlich, dass Städte und Gemeinden der Ort sind, wo die Politik auf die Realität trifft.

Nach Jahren der Politik vor allem im Bund, aber auch im Land, in denen ein Füllhorn „guter Taten“ für die Wählerinnen und Wähler ausgeschüttet wurde – Leistungsgesetze, teilweise mit Rechtsanspruch unter Missachtung des zunehmenden Fachkräftemangels und damit der

stagnierenden Leistungskapazitäten in den Städten und Gemeinden – komme nun mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch die Bundesregierung in der Realität an und stoppe zumindest vorläufig alle Klimaschutz-Förderprogramme. Dies wiederum treffe erneut die Städte und Gemeinden, die sich längst auf den Weg gemacht haben, dem Klimawandel entgegenzutreten.

Zur Problematik des Fachkräftemangels in allen Bereichen komme nun also auch der Mangel an Finanzierungsmöglichkeiten bei wachsendem Druck aus Politik und Öffentlichkeit hinzu.

Auf Grund dieser kritischen Rahmenbedingungen sei es nach wie vor so, dass die Stadtverwaltung Renningen – und er beziehe hier die Mitglieder des Gemeinderates bewusst mit ein – mit dieser Entwicklung der Aufgaben und der Rahmenbedingungen inzwischen nicht nur an ihre Leistungsgrenzen komme, sondern oft über diese Grenzen hinaus gefordert sei. Die Gesamtheit der staatlichen Leistungsversprechen seien nicht mehr erfüllbar. Dabei könne es nicht reichen, hier und da etwas zu verändern, Prozesse anzupassen und neu zu justieren. Es gehe zentral darum, das für die Legitimation von staatlichem Handeln unverzichtbare Vertrauen in den Staat und die Demokratie zu sichern – und die Leistungsfähigkeit des Staates sei ein grundlegender Vertrauensfaktor. Dieses Vertrauen könne nur dann weiter bestehen, wenn die Kommunen auch zukünftig leistungsfähig zur Bewältigung ihrer Aufgaben finanziell und personell ausgestattet werden können. Dabei müsse auch erkannt werden, dass diese Leistungsfähigkeit begrenzt ist.

Dies gelte auch im Hinblick auf die Aufnahmemöglichkeit von Flüchtlingen. Es brauche deshalb eine geregelte Migrationspolitik und wirkungsvolle Schritte der politisch Verantwortlichen gegen illegale Migration.

Dies und nicht weniger seien die Rahmenbedingungen, mit denen die Verwaltung den Haushaltsentwurf 2024 erstellt habe, über welchen der Gemeinderat in den nächsten Wochen beraten werde.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für diesen Haushaltsentwurf hätten sich gegenüber den 2021 durchgeführten Haushaltskonsolidierungsverhandlungen und –beschlüssen deutlich nach oben verbessert, aber das ist in Teilen eben diesen Konsolidierungsbeschlüssen zu verdanken. Anders wäre es z.B. nicht möglich gewesen, dass die Gewerbesteuererinnahmen sich inzwischen so gut entwickelt haben und sich nach dem Rekordwert in 2022 im lfd. Jahr 2023 mit rd. 23 Mio. € nochmals verbessert haben.

Allerdings versetze diese gute finanzielle Entwicklung die Stad Renningen im Laufe des Jahres 2023 auch in die Lage, noch immer erhebliche Kostensteigerungen – z.B. bei unseren Großinvestitionen und im Energiesektor – einigermaßen abzupuffern und den erforderlichen Haushaltsausgleich zu schaffen – 2023 wie auch im Entwurf des Haushaltsplanes 2024.

Und dies alles trotz mäßiger Wirtschaftsprognosen. So erwarte der Sachverständigenrat – die sogenannten Wirtschaftsweisen – ein Wirtschaftswachstum von ca. 0,7 bis 1,3%. Die Commerzbank gehe sogar davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt um 0,3% schrumpfen wird. Auch bei den Inflationsprognosen gehen die Einschätzungen leicht auseinander: Der Sachverständigenrat gehe von 6,6% in 2023 und von 3,0 bis 3,8% in 2024 aus – nach 9,59% in 2022 und 2,44 in 2021. Die Kreissparkasse Böblingen schätze das Wirtschaftswachstum 2024 in Deutschland mit 0,9% des BIP und die Inflation mit 2,8% ein. Die IG Metall – so die Presse am 14.12.2023 – erwarte zwar Erhaltungsinvestitionen, aber wenig Neuinvestitionen. Trotz der geringfügig auseinanderliegenden Einschätzungen seien sich alle Experten einig, dass das Jahr 2024 keine Euphorie auslösen wird und geprägt sein wird von einer Konsumzurückhaltung.

Die Kostensteigerungen in vielen Bereichen führen auf Ebene des Landkreises dazu, dass die Kreisumlage zwar bei 32 Prozent wie im Vorjahr gehalten werden kann, aber der Kreishaushalt könne trotz Rekordeinnahmen (der Landkreis Böblingen sei nicht zuletzt

wegen sprunghaft steigenden Gewerbesteuereinnahmen in Sindelfingen und Weissach mit 910 Mio. € Steuerkraftsumme der wirtschaftsstärkste Landkreis in Baden-Württemberg) kaum ausgeglichen werden. Die Freien Wähler forderten im Kreistag eine globale Minderausgabe in Höhe des aktuell noch ausgewiesenen Defizits im Haushaltsentwurf von rd. 1,7 Mio. €.

Mittelfristig drohten bei der Kreisumlage (Stichwort Medizinische Versorgung – Klinikdefizite von derzeit – brutto 50 Mio. € - netto rd. 40 Mio. €/Jahr) empfindliche Erhöhungen, und hier gelte es gegenzusteuern.

Im Kreistag und auch in der Kreisverwaltung sei die Erfordernis von Sparen und Prioritätensetzungen zumindest angekommen, aber es sei mühsam, im Kreistag das Wünschenswerte vom Machbaren zu trennen und letzterem eine Mehrheit zu verschaffen.

Damit, so konstatiert der Bürgermeister, könne man heute sagen, dass Renningen gut durch die hohen Wellen unserer Rahmenbedingungen surft.

Was ihn allerdings weiterhin gewaltig umtreibe seien die nach wie vor steigenden Personalausgaben, die im Planentwurf mit knapp 25 Millionen € zu Buche schlagen und damit gegenüber dem Jahr 2023 (21,5 Mio. €) nochmals deutlich zulegen. Allein die zu erwartenden Tarif- und Besoldungserhöhungen inklusive Inflationsausgleich schlagen bei uns in 2024 mit rd. 900.000 € zu Buche. Aber diese Kosten und der ihnen zugrundeliegende Stellenplan habe die Verwaltung „auf Herz und Nieren“ genau geprüft, selbstverständlich mit dem Ziel, Senkungspotenzial zu finden. Aber auch hier sei man wieder bei der Bundes- und Landespolitik und deren teuren Leistungsgesetzen, die an der kommunalen Basis umzusetzen sind.

Und deshalb sage er mit großer Überzeugung:

- Ja, der weiter anwachsende Fachkräftemangel wird unsere Leistungsfähigkeit weiter einschränken
- Ja, wir müssen wegkommen von ständigen Rechtsansprüchen auf staatliche Leistungen, die faktisch nicht mehr erbracht werden können
- Ja, wir brauchen dringend einen grundsätzlichen Politikwechsel, hin zu einer deutlichen Entbürokratisierung und mit dem Blick auf die bestehenden Leistungsgrenzen unseres Staates.
- Ja, wir müssen uns auch selbst fragen, welche Standards wir künftig reduzieren – mit allen Konsequenzen.

Die Verwaltung lege heute einen s.E. guten Haushaltsplanentwurf vor, ein Haushaltswerk, das voraussichtlich trotz Rezessionsprognosen bzw. nur geringen Wachstumsprognosen ausgeglichen werden kann. Renningen werde es damit auch im 28. Jahr in Folge schaffen, im hoheitlichen Teil unseres Haushalts ohne Kreditaufnahme auszukommen – und das trotz der laufenden städtischen Großprojekte im hohen zweistelligen Millionenbereich. Dies sei eine gute Grundlage für ein wichtiges Jahr 2024 mit zwei Weichen stellenden Wahlen, der Gemeinderatswahl im Juni und der Bürgermeisterwahl im Oktober.

Bereits heute wolle er sich bei allen Ehren- und Hauptamtlichen bedanken, die sich in diesem Sinne für unser Gemeindeschiff engagieren.

Er bedankte sich abschließend beim Ersten Beigeordneten Peter Müller und dem gesamten Team der Stadtverwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs und deren Engagement und für die gute Zusammenarbeit. Die Art und Weise des Engagements so vieler Leistungsträger freue ihn sehr und mache mich stolz auf unser Team der Stadtverwaltung. Dies alles geschehe im Rahmen der Möglichkeiten im guten Dialog mit unseren Bürgerinnen und Bürgern, um gemeinsam mit ihnen und dem Gemeinderat bei allen Herausforderungen die sich auch daraus ergebenden Chancen für unsere Stadt zu ergreifen.

Sein besonderer Dank gelte auch den Mitgliedern des Gemeinderats. Gemeinsam habe viel für Renningen erreicht werden können, was alles andere als selbstverständlich sei und den Segelanweisungen des Gemeinderats als Hauptorgan der Stadt verdanken sei. Er freue sich auch in seinem 24. Amtsjahr gemeinsam mit Erstem Beigeordneten Müller und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem Gemeinderat zusammenarbeiten zu dürfen.

Erster Beigeordneter Müller stellte anschließend ausführlich die wichtigsten Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2024 vor. Anders als viele Städte und Gemeinden könne die Stadt Renningen trotz schwieriger Rahmenbedingungen für das Haushaltsjahr 2024 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Das ausgewiesene ordentliche Ergebnis betrage 424.000 €. Damit könne der Ressourcenverbrauch einschließlich der Abschreibungen vollständig erwirtschaftet werden, und es stehe darüber hinaus eine freie Spitze zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung. Die Finanzplanung des Haushalts 2023 sei für 2024 noch von einem Defizit i.H.v. -122.900 € ausgegangen. Hohe Personalkosten und Umlagezahlungen und die seit der Inflation gestiegenen Sachkosten könnten dank der hohen Gewerbesteuererwartungen (Planansatz 17,5 Mio. €) noch kompensiert werden und verhindern die Ausweisung eines Fehlbetrags.

Durch die Großbaustellen Riedwiesensporthalle, Erweiterung Friedrich-Silcher-Schule, Sanierung Realschule, neues Rathaus, die Kindertagesstätten Merklinger- und Korngäustraße sowie Investitionen in neue Grundstücke und Unterkünfte für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen und in den Hochwasserschutz im Bereich Rankbach/Maisgraben steige das Investitionsvolumen des Haushalts 2024 auf ein Rekordniveau von mehr als 38 Mio. €, davon mehr als 33 Mio. € für Baumaßnahmen. Entsprechend ausgelastet werden die Kapazitäten der Bauverwaltung im Jahr 2024 sein, und es bestünden zunächst keine Spielräume für zusätzliche neue Projekte. Das Liquiditätspolster und die Steuerkraft seien 2024 dennoch ausreichend hoch, damit im Kernhaushalt noch keine Kreditaufnahmen erforderlich werden. Dies sei zunächst erfreulich.

Der im Verhältnis zu den hohen Steuereinnahmen verbleibende geringe Überschuss aus dem laufenden Betrieb zeige aber auch deutlich, wie eng die Spielräume weiterhin sind. Denn falle die Gewerbesteuer konjunkturbedingt wieder auf das immer noch passable Niveau vor 2022 zurück, gelinge ein Haushaltsausgleich bei gleichbleibender Höhe der Aufwendungen bei Weitem nicht mehr. Auch wenn sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nun wieder etwas zu entspannen scheinen, sei die Stadt weiterhin gut beraten, auf Sicht zu fahren und an der sparsamen Haushaltspolitik festzuhalten.

Hätte sich der Gemeinderat bei seiner Haushaltsklausur 2021 nicht dazu durchgerungen, ab 2022 durch konsequentes Gegensteuern ein strukturelles Defizit mit der Zielgröße von jährlich rd. 3 Mio. € durch harte Konsolidierungsmaßnahmen einschließlich Steuererhöhungen zu beseitigen, wäre ein Haushaltsausgleich im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2027 trotz einer gleichbleibend hoch eingeplanten Gewerbesteuer nicht möglich.

Doch auch wenn die Steuereinnahmen mittelfristig wieder niedriger ausfallen, als in der Finanzplanung prognostiziert, könnten vereinzelte defizitäre Haushalte in der Zukunft dennoch gesetzmäßig sein, weil durch die noch nicht festgestellten guten Jahresabschlüsse 2020-2023 in der Bilanz eine hohe Ergebnismrücklage aufgebaut werden kann, mit der die Fehlbeträge dann verrechnet werden können. Dies sichere der Stadt zumindest für die nächsten Jahre ihre finanziellen Spielräume.

Dank der guten Liquiditätsentwicklung in den Krisenjahren 2020-23 aufgrund höherer Steuereinnahmen und FAG-Zuweisungen, wie auch aus den hohen Grundstückerlösen aus Bauplatzverkäufen im Gebiet Schnallenäcker III müsse die Stadt bis 2027 nur vergleichsweise geringe neue Schulden aufnehmen. Damit bestehe die Chance, auch nach Abschluss der in der Finanzplanung enthaltenen Großprojekte für künftige Investitionen noch Kredite von der Rechtsaufsicht genehmigt zu bekommen. Dies sei immens wichtig, weil bei der Stadt Renningen auch in den Jahren 2028 ff noch ein hoher Investitions- und Sanierungsstau bei der kommunalen Infrastruktur bestehe. Das gelte vor allem im Zusammenhang mit der Umsetzung des im März 2023 verabschiedeten integrierten Klimaschutzkonzepts mit dem Ziel

einer klimaneutralen Stadtverwaltung 2040. Und dieses Ziel dürfte ohne neue Kreditaufnahmen wohl nicht zu erreichen sein.

Erster Beigeordneter Müller hob hervor, dass das wichtigste Ziel zum Erhalt der finanziellen Spielräume ein nachhaltig ausgeglichener und damit genehmigungsfähiger Ergebnishaushalt bleibe, ohne den neue Schulden für Zukunftsinvestitionen letztlich nicht genehmigungsfähig sein werden. Darauf sollte in Renningen weiter der Fokus der Finanzpolitik des Gemeinderats liegen.

Abschließend gab Fachbereichsleiterin Carmen Lörcher als kaufmännische Betriebsleiterin der städtischen Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung dem Gemeinderat einen Überblick über die Eckdaten der Erfolgs- und Vermögenspläne 2024 der beiden Eigenbetriebe und deren mittelfristige Finanzplanung.

Der Gemeinderat **nahm** von dem eingebrachten Entwurf des Haushaltsplans 2024 **Kenntnis**.

Im Folgenden hielt der stellvertretende Bürgermeister aus der Mitte des Gemeinderats, Herr Stadtrat Schautt, eine Ansprache zum Jahresabschluss. Er blickte dabei auf ein schwieriges und krisenreiches Jahr 2023 zurück, das - wie bereits das vorige Jahr - unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt und allen viel abverlangt habe. Er ermunterte dazu, trotz der aktuellen Krisen und Probleme (Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, Inflationsentwicklung, Klimawandel) nicht mit Unmut in das kommende Jahr zu blicken sondern sich auch dankbar die positiven Grundlagen zu vergegenwärtigen, welche in Deutschland vorzufinden sind (Friede, stabile Demokratie, gut ausgebaute Infrastruktur etc.). Anstatt die bestehenden Problemlagen zu beklagen sollte der Fokus darauf gerichtet sein, als Gesellschaft gemeinschaftlich zusammenzustehen und die Herausforderungen mutig anzugehen, um Verbesserungen zu erzielen.

Er bedankte sich bei Herrn Bürgermeister Faißt im Namen des Gemeinderats für dessen Engagement und für die gute Zusammenarbeit. In seinen Dank schloss Stadtrat Schautt auch Herrn Beigeordneten Müller und die Mitarbeiter/innen aller Bereiche der Stadtverwaltung und besonders auch die zahlreichen ehrenamtlichen Engagierten in der Stadt Renningen ein. Auch bei seinen Gemeinderatskollegen bedankte sich Stadtrat Schautt für das gute Miteinander im Gemeinderat.

Abschließend wünschte er allen Anwesenden ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest und alles Gute und Gesundheit für das neue Jahr 2024.

2. Flüchtlingsunterbringung Vereinsdorf

- Baubeschluss

- Vergabe der Architektenleistungen

Der Ausschuss Planen Technik Bauen hatte sich mit diesem Beratungsgegenstand bereits vorbereitend am 06.12.2023 befasst (siehe hierzu den Bericht in den Stadtnachrichten Renningen KW. 50, S. 5)

Der Gemeinderat fasste einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. Der Beschluss wird gefasst.
2. Der Vergabe der Architektenleistungen an das Architekturbüro Gerne aus Renningen wird zugestimmt.

3. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse

Bürgermeister Faißt gab bekannt, der Gemeinderat habe in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 27.11.2023 vom Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt zu den Bauausgaben 2016-2021 und der Stellungnahme der Verwaltung zu den einzelnen Prüfungsanmerkungen Kenntnis genommen.

Die Verwaltung habe in ihrer Stellungnahme Maßnahmen aufgezeigt, wie die im Prüfbericht aufgeführten Punkte berichtigt und künftig vermieden werden können.

4. Verschiedenes/Bekanntgaben

1. Sanierung Rosenstraße

Bürgermeister Wolfgang Faißt gab bekannt, dass die restlichen Pflasterarbeiten in der Rosenstraße noch in diesem Jahr abgeschlossen werden.

Der Gemeinderat **nahm** hiervon **Kenntnis**.

2. Aktualisierung des Sitzungskalenders

Bürgermeister Faißt informierte, allen Mitgliedern des Gemeinderats sei eine Aktualisierung des Sitzungskalenders 2024 übersandt worden. Diese sehe eine Verschiebung der konstituierenden Sitzung des am 09.06.2024 zu wählenden Gemeinderats auf den 24.07.2024 vor.

Der Gemeinderat **nahm** hiervon **Kenntnis**.

Nach der Beantwortung einer Anfrage aus der Mitte des Gemeinderats durch die Verwaltung bedankte sich Bürgermeister Faißt abschließend bei allen Mitgliedern des Gemeinderats für deren ehrenamtliches Engagement und für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in dem zu Ende gehenden Jahr 2023, die getragen war von dem Bestreben, gemeinsam so gut wie möglich die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern.

In seinen Dank schloss Bürgermeister Faißt auch Herrn Ersten Beigeordneten Müller und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ein.

Bürgermeister Wolfgang Faißt bedankte sich bei den erschienenen Zuhörern und Pressevertretern für ihr Interesse und wünschte allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein gesundes neues Jahr 2024.